

# SPD AXEL ECHEVERRIA

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,  
LIEBE LESERINNEN UND LESER,

auch in den zurückliegenden drei Monaten ist unsere Welt nicht zur Ruhe gekommen. Nach dem Krieg in der Ukraine, hat mit dem barbarischen Überfall der Hamas auf Israel mit über 1.300 Todesopfern auch der Nahost-Konflikt eine neue traurige Eskalationsstufe erreicht. Um so wichtiger ist es für uns alle, uns tagtäglich erneut für ein friedliches Miteinander einzusetzen.

Aber auch andere Themen sorgen bei vielen Menschen für Verunsicherung. Dazu beigetragen hat die Kommunikation der Ampel-Regierung zum sog. Heizungsgesetz. Hier müssen wir besser werden, Dinge richtig und sachlich zu erklären. Daher stelle ich in diesem Newsletter noch einmal dieses nicht ganz triviale Gesetz vor. Denn das Gesetz ist besser als sein Ruf. Das gleiche gilt auch für die Regierungskoalition. Eine unabhängige Studie bescheinigt der Regierung, das rund zwei Drittel des Koalitionsvertrags schon auf den Weg gebracht oder umgesetzt worden sind. Wegen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts konnten wir zwar für 2024 noch keinen neuen Haushalt verabschieden, diesen jedoch auf den Weg bringen. Hier habe ich mich dafür eingesetzt, dass angekündigte Kürzungen in vielen Bereichen zurückgenommen wurden. Für mich als Sozialdemokrat ist das natürlich kein Grund, die Füße hochzulegen. Im Gegenteil: Gemeinsam mit meinen Fraktionskolleg:innen habe ich auf einer Klausur daran mitgewirkt, wie die SPD die Zukunft für uns alle gestalten möchte.

Mit diesem Newsletter verabschiede ich mich ins neue Jahr. Ich wünsche schöne Feiertage und ein erfolgreiches, neues Jahr 2024, sowie viel Freude beim Lesen!  
Glück Auf!

*Euer  
Axel*



## ICH SETZE MICH FÜR STARKE KOMMUNEN EIN!



Am 24. August habe ich im Hagener Rathaus an einer gelungenen Kommunal-Konferenz der SGK Hagen & Ennepe-Ruhr teilgenommen. Gemeinsam mit meinen Fraktionskollegen Timo Schisanowski und Bernhard Daldrup habe ich mit rund 40 engagierten Genoss:innen über die aktuellen Herausforderungen, vor denen unsere Städte und Gemeinden stehen, gesprochen. Ob die Finanzausstattung in Verbindung mit einer Altschulden-Lösung, die Bewältigung der Flüchtlingsintegration, die Instandsetzung unserer Infrastruktur oder die vielfältige Transformation vor Ort – diese Themen sind wichtig und ich setze mich daher auch in Berlin hierfür ein.

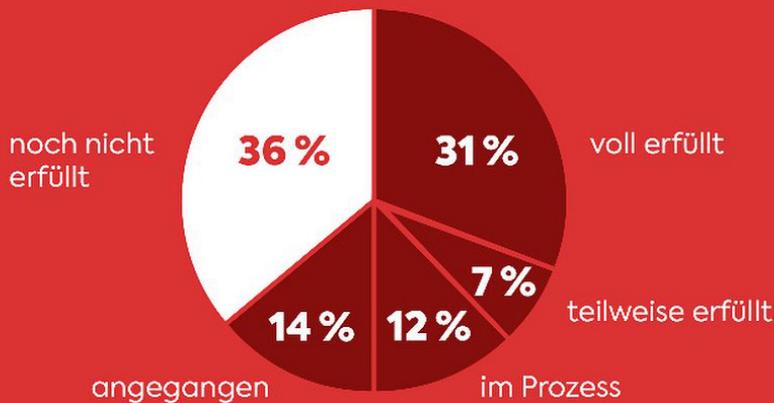


# SPD AXEL ECHEVERRIA

## WIR LIEFERN! - EINE HALBZEITBILANZ

### Wir liefern!

**Knapp zwei Drittel des Koalitionsvertrages bereits umgesetzt oder angepackt**



**„Eine insgesamt sehr vielversprechende Halbzeitbilanz...“** — Bertelsmann-Stiftung

Auch, wenn die Kritik am öffentlichen Auftreten der Ampel-Regierung berechtigt ist, ist die Halbzeitbilanz der Ampelregierung besser, als ihr viele zugestehen wollen. Die Studie der Bertelsmann-Stiftung zeigt klar: 64 % der im Koalitionsvertrag beschlossenen Ziele sind bereits umgesetzt oder angepackt.

Insbesondere die Streichung des Paragraphen 219a aus dem Strafgesetzbuch ist ein großer Erfolg, der mir persönlich sehr am Herzen lag. Auch die Ausweitung und Erhöhung des Wohngeldes, die Reform des BafÖG oder die Einführung des 49-Euro-Tickets sind wichtige soziale Leistungen, die wir für die Bürger:innen erzielen konnten.

Die Erhöhung des Mindestlohns war der zentrale Meilenstein, Arbeitende vor Lohnarmut zu schützen. Es ist wichtig, den Mindestlohn an die inflationären Lebenskosten anzupassen. Außerdem muss die Finanzierung der Kommunen, deren Selbstverwaltung durch die momentan zu geringen Mittel geschwächt ist, neu gedacht und in den kommenden zwei Jahren verstärkt fokussiert werden. Wir brauchen dringend einen Altschuldenfond, um die Kommunen wieder handlungsfähig zu machen.

Mit dem Bürgergeld sind wir einen weiteren Schritt bei der Verbesserung unseres Sozialsystems gegangen. Statt Sanktionen steht jetzt Weiterqualifizierung im Mittelpunkt. Trotzdem müssen wir das Armutsrisiko weiter minimieren. Ein reiches Land wie Deutschland muss allen Menschen ein würdevolles Leben ermöglichen

## KEINE KÜRZUNGEN DER BUNDESMITTEL FÜR JUGENDVERBÄNDE!

In den vergangenen Wochen habe ich viele Gespräche mit Vertreter:innen der Jugendverbandsarbeit in meinem Wahlkreis geführt.



Unter anderem haben mich zwei Mitglieder des Vorstands des AWO Jugendwerks besucht. Gemeinsam haben wir uns vor allem über die Herausforderungen der geplanten Haushaltskürzungen in der Kinder- und Jugendarbeit ausgetauscht.

Dabei ging es vor allem um vorgesehene Kürzungen von Fördermitteln im Haushaltsentwurf. Gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion habe ich mich in den derzeit laufenden Haushaltsverhandlungen dafür starkgemacht, die veranschlagte Reduzierung in Höhe von vier Millionen Euro abzuwenden. Somit stehen 2024 insgesamt knapp 34 Millionen Euro für die Jugendverbandsarbeit zur Verfügung.

Für mich ist es eine Selbstverständlichkeit, die Sorgen und Nöte vor Ort mit nach Berlin zu nehmen. Und ich freue mich, dass die Haushaltspolitiker:innen der SPD-Bundestagsfraktion hartnäckig geblieben sind.





# SPD AXEL ECHEVERRIA

## ZUM GEBÄUDEENERGIEGESETZ: „DAMIT HEIZEN BEZAHLBAR BLEIBT, ABER DAS KLIMA SCHONT“

Als lokaler Bundestagsabgeordneter habe ich am Donnerstag, den 2. November, zu einer Informationsveranstaltung zum Gebäudeenergiegesetz geladen. Mit dabei war mein Fraktionskollege Martin Diedenhofen, der für die SPD-Fraktion bei der Ausgestaltung des Gesetzes mit am Verhandlungstisch saß und sich dafür eingesetzt hat, dass die notwendige Wärmewende sozial verträglich wird. Rund 30 interessierte Bürgerinnen und Bürger folgten der Einladung in das Forum der Grundschule Börgerbruch in Sprockhövel.

„Damit Heizen bezahlbar bleibt, aber das Klima schont“ – Unter diesem Motto waren alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu einem Informationsabend zum Gebäudeenergiegesetz eingeladen, das unter dem Namen Heizungsgesetz viel diskutiert wurde. Mit Martin Diedenhofen, der als zuständiger Berichterstatter im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunales das für den Klimaschutz notwendige Gesetz mitarbeitet, diskutierten wir nicht nur, was es bedeutet, dass Heizen in der Zukunft klimaschonend aber auch bezahlbar bleibt. Martin Diedenhofen löste auch viele der aufgetretenen Missverständnisse und Mythen rund um die Debatte zum neuen Gesetz auf.

Zentral im Gesetz verankert ist die sogenannte kommunale Wärmeplanung, die von den Kommunen bis Mitte 2028 auf den Weg gebracht werden muss. Diese schafft Planungssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger.



### Warum braucht's die Wärmewende jetzt so dringend?

Wir müssen **bis 2045 klimaneutral** sein, dazu haben wir uns im Klimaschutzgesetz verpflichtet. Das betrifft auch das Heizen, was übrigens etwa 30 (!) Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland verursacht. Deshalb sorgen wir mit dem Heizungsgesetz und der **Förderung für die Breite der Gesellschaft** dafür, dass alle den Weg hin zum klimafreundlichen Heizen mitgehen können.

Zudem zeigt sie auf, welche klimafreundlichen Heizungslösungen sich vor Ort überhaupt realisieren lassen. So kann anschließend geschaut werden, welche Form des Heizens am besten passt. Denn nicht bei jedem Gebäude oder Wohnquartier ergeben Wärmepumpen Sinn. Der Ausbau bestehender Fernwärmenetze, der Anschluss der Kommunen an Wasserstoffleitungen und der Bau von Nahwärmekraftwerken sind weitere mögliche Heizformen der Zukunft.

Neben den technischen Aspekten war Martin und mir auch der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor steigenden Wohnkosten ein besonderes Anliegen. Hier informierten wir über konkrete Fördermaßen sowie über Unterstützungen für Haushalte mit geringem Einkommen. Natürlich bot sich auch die Möglichkeit, individuelle Fragen zu stellen.

Ich freue mich, dass die Inforveranstaltung zum Gebäudeenergiegesetz so gut angenommen wurde. Mein Dank gilt allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie meinem Kollegen Martin Diedenhofen, der aus Rheinland-Pfalz angereist ist. Mir ist wichtig, dass die Menschen hier vor Ort, verlässliche Informationen aus erster Hand bekommen und ihre fachlichen Fragen stellen können. Da das Gesetz wahrscheinlich im Laufe der Zeit wohl immer wieder angepasst werden muss, sind wir für viele Hinweise aus dem Publikum dankbar.



# SPD AXEL ECHEVERRIA

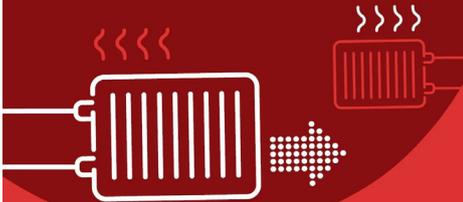
## DAS GEBÄUDEENERGIEGESETZ (HEIZUNGSGESETZ)

Im Oktober wurde der beschlossene Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Wärmewende in erster Lesung im Bundestag beraten. Was genau steht drin? Hier eine Zusammenfassung des recht komplexen Gesetzes:

Das Gebäudeenergiegesetz (Heizungsgesetz), das am 01.01.2024 in Kraft treten soll, gilt zunächst nur in Neubaugebieten und sieht vor, dass die dort neu verbauten Heizungen zu 65 Prozent mit erneuerbarer Energie betrieben werden müssen.

### Jetzt mal Tacheles!

Was ist denn nun mit meiner Heizung?



#### Wann muss ich meine Heizung austauschen?

Für die allermeisten von Euch passiert nach Inkrafttreten des Gesetzes zum 1.1.2024 erstmal nichts. Denn bei bestehenden Gebäuden oder Neubauten außerhalb von Neubaugebieten muss erst eine **kommunale Wärmeplanung** vorliegen, bevor das Gesetz greift.

Erst dann gilt, dass **neu eingebaute Heizungen** mindestens zu 65 Prozent mit erneuerbarer Energie betrieben werden müssen. Kaputte Heizungen können übrigens repariert werden und erst wenn eine Reparatur nicht mehr möglich ist, greift das Gebäudeenergiegesetz, auch als Heizungsgesetz bekannt.

Nur in Häusern, die in **Neubaugebieten** neu errichtet werden, müssen bereits ab 2024 klimafreundliche Heizungen eingebaut werden.

**Spätestens ab 2045 ist dann aber überall für fossile Brennstoffe Schluss.**



#### Was ist diese kommunale Wärmeplanung?

Aus der kommunalen Wärmeplanung wird für Euch ersichtlich, welche Heizungslösungen in Eurer Straße geplant werden und zukünftig möglich sind. Große Städte haben dafür bis Mitte 2026 Zeit, kleinere Kommunen bis Mitte 2028.

Auf dieser Basis könnt Ihr dann aus den vor Ort zur Verfügung stehenden Alternativen **die für Euch beste Option** wählen, z. B. Wärmepumpe, Fernwärme, Bioenergie, Holz oder Pellets.

Anders verhält es sich bei bestehenden Gebäuden: Dort greifen die neuen Regelungen für Heizungen erst, wenn eine kommunale Wärmeplanung vorliegt. Die kommunale Wärmeplanung wird aufzeigen, welche klimafreundlichen Heizungslösungen sich vor Ort überhaupt realisieren lassen. Anschließend kann dann geschaut werden, welche Form des Heizens am besten passt. Großstädte mit über 100.000 Einwohner:innen sollen laut Gesetzesentwurf diese Wärmepläne bis Mitte 2026 erstellen, kleinere Kommunen bis Mitte 2028. Erst dann müssen Eigentümer:innen bei neu eingebauten Heizungen eine der lokalen, klimafreundlichen Lösungen wählen.

Nur, wenn die alte Heizung kaputt ist und nicht mehr repariert werden kann, muss eine neue eingebaut oder ein Netzanschluss geplant werden. Dieser Zeitpunkt kann dann auch nach der Vorlage der kommunalen Wärmeplanung in der jeweiligen Gemeinde liegen. Funktionierende Gas- und Ölheizungen können also weiterhin weitergenutzt werden. Ausgenommen sind hier Konstant-Temperaturkessel - diese müssen bereits nach jetziger Gesetzeslage nach 30 Jahren ausgetauscht werden. Zudem gilt, dass fossile Brennstoffe maximal bis zum 31. Dezember 2044 eingesetzt werden dürfen.

#### Wie kann ich mir das leisten?

Wer eine klimafreundliche Heizung einbaut, bekommt **30 Prozent** der Investitionskosten als **Sockelförderung**.

Wer ein zu versteuerndes Jahreseinkommen von bis zu **40.000 Euro** hat, bekommt **weitere 30 Prozent Förderung**.

Wer schnell ist und schon vor 2028 umrüstet, bekommt einen **Klima-Geschwindigkeitsbonus von 20 Prozent**.

Insgesamt wird die Förderung auf **maximal 70 Prozent** gedeckelt. Förderfähig sind Investitionskosten bis zu 30.000 Euro, also beträgt der maximale Zuschuss zu einer neuen Heizung 21.000 Euro.



#### Welche Auswahl an klimafreundlichen Heizungen gibt es?

Ob Wärmenetz, Wärmepumpe, Stromdirektheizung, solarthermische Anlage, Heizung mit Biomasse oder Wasserstoff, Solarthermiehybridheizung, Wärmepumpenhybridheizung oder verschiedene Kombinationsmöglichkeiten.

**Ihr entscheidet, welche Heizlösung am besten zu Euch passt.** Hauptsache sie ist zu mindestens 65 Prozent erneuerbar.

#### Und wie läuft das, wenn ich zur Miete wohne?

Beim Heizungstausch darf Eure Miete um **höchstens 50 Cent pro Quadratmeter** steigen. Ist das trotzdem nicht zu stemmen, können Härtefälle geltend gemacht werden. Vermieter:innen dürfen diese 50 Cent pro Quadratmeter übrigens nur umlegen, wenn sie auch die staatliche Förderung in Anspruch nehmen. So verhindern wir, dass einfach alle Kosten auf die Mieter:innen abgeladen werden.





# SPD AXEL ECHEVERRIA

## GEDENKEN ZUM ANTIKRIEGSTAG

Der Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen am 1. September 1939 markiert den Beginn des Zweiten Weltkrieges. Seit 1957 gedenken wir am 1. September als Antikriegstag den Schrecken der beiden Weltkriege und erinnern an die furchtbaren Folgen von Krieg, Gewalt und Faschismus. Das ist wichtig, denn die Opfer sind uns Mahnung und Verpflichtung: Wir müssen Hass und Gewalt in jeder Form von Beginn an entschieden entgegentreten. Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und jede andere Form von Menschenfeindlichkeit dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben.

Es gilt daher, diesen Gedenktag durch eine lebendige Erinnerungskultur umzusetzen. Hierzu tragen auch die Gewerkschaften bei. Denn dieser Tag wird seit vielen Jahrzehnten auch vom DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften als Tag des Bekenntnisses für Frieden und gegen Krieg und Gewalt begangen. So fand eine Gedenkveranstaltung im Witterer Lutherpark statt, an der rund 100 Menschen u. a. Vertreter:innen der Witterer Partnerstädte teilnahmen.

Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sind Krieg und das durch ihn entstehende Leid stärker in das Bewusstsein vieler Menschen gerückt. Unsere europäische Friedensordnung und



damit sicher geglaubte Gewissheiten wurden mit einem Schlag zerstört. Dieser Krieg macht jedoch auch deutlich, wie komplex Sachverhalte sind. Einfache Lösungen gibt es leider nicht. Das Recht auf Selbstverteidigung darf souveränen Staaten nicht abgesprochen werden, da wir sonst eine Ordnung erleben, in der nur das Recht des Stärkeren entscheidet. Klar ist aber auch, dass Friedenslösungen am Ende auf diplomatischem Wege

gefunden werden müssen. Neben dem Konflikt in der Ukraine wüten im Nahen Osten, in Afrika und anderswo auf der Welt mitunter seit Jahrzehnten Kriege, Konflikte und Gewalt. Deren Folgen sind Zerstörung, Flucht und unermessliches Leid für Millionen von Menschen. Anke Unger vom DGB Ruhr-Mark fasste gestern in ihrer Rede passen zusammen: „Jeder Krieg ist ein Angriff auf die Menschheit und die Menschlichkeit.“

## MEIN STANDPUNKT: WIR BRAUCHEN MEHR INVESTITIONEN, NICHT WENIGER!

**Haushalt 2024: Kürzungen abgewendet!** SPD



THW: +15 Mio. €  
Freiwilligendienste: keine Kürzungen  
Long Covid: 117 Mio. €

**AXEL ECHEVERRIA**

In den letzten Tagen wurde viel über Staatsfinanzen diskutiert und einige fordern, dass wichtige Investitionen in

die Zukunft unseres Landes nun reduziert werden sollen. Für mich ist das ganz klar der falsche Weg. Wir brauchen mehr Investitionen, nicht weniger. Die fehlende Bereitschaft, unsere Infrastruktur ins 21. Jahrhundert zu holen, hat uns in eine schwierige Lage gebracht. Wir müssen aufholen, was in den letzten 16 Jahren unter CDU-Führung verschlafen wurde. Ich bin froh, dass in vielen wichtigen Bereichen die Finanzierung weiter ausgebaut werden konnte. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts macht uns aber auch eines ganz deutlich: So kann es nicht weiter gehen. Weder der Klimawandel noch unsere marode Infrastruktur wer-

den auf die Schuldenbremse warten. Wenn wir uns weiterhin nicht zutrauen, kluge finanzielle Entscheidungen zu treffen, schadet das nicht nur uns, sondern insbesondere den zukünftigen Generationen, denen wir neben der Klimakrise dann auch eine kaputt gesparte Infrastruktur hinterlassen. Ich werbe dafür, die Schuldenbremse auszusetzen und perspektivisch zu reformieren. Meiner Meinung nach müssen wir dem Parlament die Freiheit lassen, gute Investitionsentscheidungen für die Zukunft unseres Landes zu treffen, ohne einen verantwortungsvollen Umgang mit den Steuergeldern aus dem Blick zu verlieren.



# SPD AXEL ECHEVERRIA

## WARUM WIR DIE KINDERGRUNDSICHERUNG BRAUCHEN



Bereits vor zwei Jahren haben wir in dem Koalitionsvertrag die Einführung einer Kindergrundsicherung verankert. Mit ihr machen wir einen ersten Schritt, Armutsrisiken zu verringern und allen Kindern die gleichen Start- und Entwicklungschancen zu eröffnen, indem Familien mit weniger Einkommen stärker unterstützt werden.

Jedes fünfte Kind in Deutschland gilt als arm. Daher ist es unsere dringende politische Aufgabe, Armutsrisiken zu verringern. Die Folgekosten der Kinderarmut, die sich beispielsweise in frühzeitigem Schulaustritten zeigen, liegen zwischen 110 und 120 Milliarden Euro jährlich. Eine Investition in die Entwicklungs- und Teilhabechance für Kinder ist eine Investition in die Zukunft von uns allen!

In einer öffentlichen Anhörung des Petitionsausschusses haben die Petentinnen Sabine Schutter und Anne Dittmann noch einmal unmissverständlich deutlich gemacht, dass es insbesondere alleinerziehende Eltern und Geringverdienende sind, deren Kinder von Armut betroffen sind. Wichtig ist, dass der Bürokratieabbau, welcher durch die Zusammenlegung des Kindergeldes, Kinderzuschlags, Kinderregelbedarfs aus Bürgergeld und Sozialhilfe, sowie Teilen des Bildungs- und Teilhabepakets entsteht, nicht zu Kürzungen führt. Um Chancengerechtigkeit in Deutschland herzustellen müssen wir die Kindergrundsicherung finanziell gut und vor allem nachhaltig aufstellen.

## BÜRGER:INNEN AUS MEINEM WAHLKREIS ERKUNDEN BERLIN



Anfang November haben rund 50 Bürger:innen aus meinem Wahlkreis auf meine Einladung hin Berlin besucht. Hier stand auch ein Besuch des Bundestages auf dem Programm. Neben einem Infovortrag auf der Zuschauertribüne des Plenarsaals über die Aufgaben und die Arbeit des Parlaments konnte auch die Kuppel des Reichstagsgebäudes besichtigt werden. Zuvor durfte ich die Gruppe auch persönlich kennenlernen. Gemeinsam haben wir über aktuelle politische Themen wie das Gebäudeenergiegesetz diskutiert und ich habe von meiner Arbeit als Abgeordneter berichtet. Weitere Programmpunkte waren unter anderem ein Besuch des Auswärtigen Amtes und der Willy-Brandt-Stiftung. Ich möchte mich für den Besuch und den spannenden Austausch bedanken.



# SPD AXEL ECHEVERRIA

## ERGEBNISSE DER KLAUSUR DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Am 28. und 29. August habe ich an der Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion teilgenommen. Diese kann man zu Recht als erfolgreich bezeichnen, da wir viele Ergebnisse erzielen konnten. Neben zahlreichen anderen Themen wie Wirtschaft, Fachkräftebedarf oder Klimaschutz haben wir uns auch mit den Bereichen Miete, Energiekosten für Unternehmen und Änderungen beim Petitionsrecht befasst. Zu diesen aktuellen Fragen unserer Zeit konnten wir als Fraktion eine gemeinsame Position finden.

Weil Menschen immer mehr für ihre Mieten aufbringen müssen, will die SPD-Fraktion im Bundestag extremen Mieterhöhungen durch einen bundesweiten Mietstopp einen Riegel vorschieben und Mieter:innen besser schützen. Gleichzeitig gilt es, den Immobilienerwerb zu erleichtern und Investitionen in Wohngebäuden steuerlich zu entlasten. Darüber



hinaus brauchen wir ein Sofortprogramm für mehr Neubau und Sanierung.

Energieintensive Unternehmen haben auf dem Weltmarkt Probleme, da Energie bei uns sehr teuer ist. Als SPD-Fraktion möchten wir mit einem zeitlich begrenzten Transformationsstrompreis von 5 Cent je Kilowattstunde diese Unternehmen stützen. Zusätzlich soll es Anreize geben, dass Unternehmen in die Erzeugung

von erneuerbaren Energien investieren. Die staatlichen Zuschüsse sind an eine Tarifbindung, sowie an eine Standort- und Beschäftigungsgarantie gebunden.

Auch das Petitionswesen wollen wir transparenter und einfacher gestalten und bürokratische Hürden abbauen. So wollen wir, dass es für die öffentliche Behandlung einer Petition reicht, wenn sie von 30.000 statt wie bisher von 50.000 Personen mitgezeichnet werden. Zudem soll der Zeitraum zur Unterzeichnung von vier auf sechs Wochen verlängert werden. Ebenfalls soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass Petitionen mit 100.000 oder mehr Unterschriften im Plenum beraten werden können. Um das Einreichen einer Petition niederschwelliger zu gestalten, gilt es das Verfahren weiter zu digitalisieren und an moderne Kommunikationsformen anzupassen.

**Fraktionsbeschluss – das wollen wir:**

### Wachstum nachhaltig sichern

- Günstigere **Energie** ausbauen
- Strategisch **investieren** & digitalisieren
- Fachkräfte** sichern & gewinnen
- Unbürokratischer** & schneller werden
- Gemeinsam **europäisch** wirtschaften
- Handel** wertebasiert ausbauen

**SPD** Fraktion im Bundestag

**Fraktionsbeschluss – das wollen wir:**

### Wettbewerbsfähige Industrie durch günstigen Strom!

- Mit **Transformationsstrompreis von 5 Cent für energieintensive Unternehmen** die begrenzte Zeit überbrücken, bis durch den Ausbau der Erneuerbaren ausreichend günstiger Strom produziert wird.
- Staatliche Zuschüsse sind an **Tarifbindung/-orientierung, Standort- und Beschäftigungsgarantie** gekoppelt, um gute Jobs mit fairen Arbeitsbedingungen zu erhalten und zu schaffen.

**SPD** Fraktion im Bundestag

**Fraktionsbeschluss – das wollen wir:**

### Fachkräfte gewinnen, Wohlstand sichern!

- Soziale Berufe attraktiver gestalten:** Mit mehr Gehalt, besserer Work-Life-Balance und Aufstiegschancen.
- Bessere Arbeitsbedingungen für erwerbstätige Frauen in der Teilzeitalter:** Außerdem: Abschaffung des Ehegattensplittings für neu geschlossene Ehen und Reform der Familienbesteuerung. So können hunderte tausende Vollzeitstellen besetzt werden!
- Starke schulische Bildung und Unterstützung junger Menschen** – u.a. mit dem Startchancenprogramm für Kinder, der Ausbildungsgarantie und Mobilitätsprämie. Und: **Weiterbildungsgeld** und **Qualifizierungsgeld** werden sicherstellen, dass die Erwerbstätigen von heute fit für die Arbeit von morgen sind.
- Aber: Allein mit den Fachkräften hier im Land werden wir die Lücke nicht schließen. **Wir benötigen qualifizierte Zuwanderung!**

**SPD** Fraktion im Bundestag

**Fraktionsbeschluss – das wollen wir:**

### Solidarische Gesundheits- und Pflegepolitik

- Wir wollen eine **gerechte und solidarische Finanzierung**, bei der alle die gleichen notwendigen und guten Leistungen zeitnah erhalten. Deshalb halten wir am Modell der **Bürgerversicherung** fest.
- Um dem Arbeitskräftemangel zu begegnen, wollen wir die **Berufe** im Gesundheitswesen und in der Pflege noch **attraktiver machen** und nachhaltig aufwerten.
- Wir werden die **Potenziale der Telemedizin** in der Versorgung konsequent nutzen und eine leistungsstarke **elektronische Patient:innenakte** für alle schaffen.
- Wir **stärken die häusliche Pflege** und verbessern die Situation der pflegenden Angehörigen. Die **Bewohner:innen von Pflegeheimen schützen wir vor finanzieller Überforderung**.

**SPD** Fraktion im Bundestag

**Fraktionsbeschluss – das wollen wir:**

### Klimaschutz – und zwar global gerecht!

- Das 1,5-Grad-Ziel** hat für uns bei allem höchste Priorität.
- Wir stärken den Dialog** zwischen dem globalen Norden und Süden, zwischen Ländern mit hohen und niedrigen Emissionen und bringen **gleichberechtigte Partnerschaften** voran.
- Gerade die **vulnerabelsten und ärmsten Länder** müssen im Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten **unterstützt** werden.

**SPD** Fraktion im Bundestag

**Fraktionsbeschluss – Das wollen wir:**

### Ein modernes Petitionsrecht

- Für eine erfolgreiche Petition sind bisher 50.000 Mitunterzeichner:innen notwendig. Dies wollen wir auf 30.000 senken. Die Frist für die Unterschriftensammlung wollen wir von 4 auf 6 Wochen verlängern.
- Petitionen, die über 100.000 Unterschriften erreichen, sollen nicht nur öffentlich im Petitionsausschuss beraten werden, sondern auch die Chance erhalten, im Bundestag selbst Gehör zu finden.
- Das Verfahren sollte weiter digitalisiert und an moderne Kommunikationsformen angepasst werden. Wir wollen es niederschwelliger, einfacher und transparenter machen. **Eben für alle zugänglich!**

**SPD** Fraktion im Bundestag



# SPD AXEL ECHEVERRIA

## BERICHT MEINER DIENSTREISE NACH COSTA RICA DIE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION IM FOKUS

Im Mittelpunkt meiner Reise nach Costa Rica für die SPD-Bundestagsfraktion stand das Thema „sozial-ökologische Transformation“. Eine Woche konnte ich mich mit Vertreter:innen der Friedrich-Ebert-Stiftung, lokalen Politiker:innen und engagierten Menschen austauschen.

Zu Beginn meiner Reise habe ich unter anderem die Öffentlichkeitsrepräsentantin Irene Murillo und den Klimaaktivisten Yeralí Cruz getroffen, um die wichtige Bedeutung von Umwelttransparenz und von öffentlicher Beteiligung zu erörtern. Der Fokus lag auf zwei bedeutenden Verträgen:

Das europäische Aarhus-Abkommen und das lateinamerikanische Escazú-Abkommen fördern die Umweltdemokratie, indem sie den Zugang der Bürger:innen zu Umweltinformationen, Beteiligung an Entscheidungsprozessen und den Zugang zur Justiz in Umweltangelegenheiten gewährleisten. Damit sind die Abkommen entscheidend für die Förderung des Schutzes unserer Umwelt und die Ermächtigung von Gemeinschaften, bei Umweltentscheidungen mitzusprechen.

Doch trotz des Escazú-Abkommens, in dem auch verbindliche Schutzmechanismen für Menschenrechts- und Umweltaktivist:innen festgeschrieben wurden, kommt es in Lateinamerika weiterhin zu schwerwiegenden Verbrechen. Davon sind insbesondere Ureinwohner:innen,

Frauen oder Umweltaktivist:innen betroffen. Daher ist es besonders wichtig, dass durch das Escazú-Abkommen ein verbindlicher Zugang zu Gerichten gewährleistet wird.



Um unsere Gesellschaft voranzubringen, ist die Beteiligung junger Menschen unabdingbar! Das habe ich am zweiten Tag meiner Reise einmal mehr auf der Konferenz „Agentes de Cambio“, einem sozialen und politischen Bildungsprogramm, gemerkt. Jährlich treffen sich engagierte Menschen, um über sozio-ökologische Transformationen und progressive Projekte in der Politik zu sprechen.

Als Abgeordneter ist es mir ein Anliegen, nicht nur die sozio-ökologische Transformation auf Bundesebene voranzubringen, sondern auch die Entwicklungen in Lateinamerika zu unterstützen und mich für einen Schutz von Minderheiten und vor Verfolgung einzusetzen.

Costa Rica ist ein internationaler Vorreiter für Nachhaltigkeit, denn das Land bezieht über 80 % seiner Energie aus erneuerbaren Ressourcen.

Die geografische Lage des Landes lässt die optimale Nutzung von Solarenergie und Windenergie zu, da das Land von Sonnenschein, Wind und Vulkanen umgeben ist. Daneben verfügt Costa Rica über eine Vielzahl von Flüssen und Wasserfällen, die als natürliche Ressourcen die Stromerzeugung durch Wasserkraft ermöglichen.

Mit seiner kleinen Fläche nimmt Costa Rica zwar lediglich 0,03 Prozent der weltweiten Landmasse ein, beherbergt jedoch 5 Prozent der weltweiten Artenvielfalt. Um die Biodiversität zu schützen, stehen mehr als ein Viertel der Flächen des Landes unter Naturschutz. Trotz der Rolle Costa Ricas als Vorreiter für Biodiversität und Umweltschutz in Mittelamerika ist das Land weiterhin bemüht, mit neuen Projekten den Erhalt der biodiversen Vielfalt auszubauen.



In meinem Treffen mit dem Vize-Energie- und Umweltminister im weiteren Verlauf meiner Reise konnte ich mich zu den Themen Energiegewinnung und Produktion von grünem Wasserstoff austauschen.

Zukünftig gibt es die Möglichkeit, die gewonnene Überschussenergie zu nutzen, um grünen Wasserstoff zu erzeugen und ihn dann zu exportieren, um auch andere Nationen mit erneuerbarer Energie zu versorgen. Costa Rica ist also auf dem Weg, ein globaler Stromlieferant zu werden.

Der Fortschritt und die Bemühungen Costa Ricas für einen Ausbau der Infrastruktur erneuerbarer Energien faszinieren mich und ich nehme, auch mit Blick auf die Arbeit im Umweltausschuss, einiges aus den Gesprächen mit.





# SPD AXEL ECHEVERRIA

## EIN WELTMARKTFÜHRER IN MEINEM WAHLKREIS ÜBER MEINEN BESUCH BEI JEKKO IN WITTEN

Im August habe ich die Deutschlandzentrale der Firma Jekko in Witten besucht. Das norditalienische Unternehmen zählt zu den Weltmarktführern für Spezialkräne. Die Produktpalette umfasst verschiedene Minikräne. So kann das Unternehmen Antworten auf spezifische Kunden-Anforderungen bieten, die auf geringstem Raum eingesetzt werden können. Die kleinen Abmessungen und das geringe Gewicht beeinträchtigen dabei nicht die Tragfähigkeit oder den Arbeitsbereich. Vielmehr bieten sie den Vorteil, dass

die Kräne mit geringen Lasten in Innenbereichen und im Freien eingesetzt werden können.

Im Austausch mit den Mitarbeiter:innen in Witten konnte ich viel über die spannende Technik lernen. Auch hier spielen die Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI) eine immer wichtigere Rolle. Dass sich der Mutterkonzern entschieden hat, ihr Deutschlandgeschäft von einem Standort in meinen Wahlkreis aus abzuwickeln, freut mich als Abgeordneten natürlich besonders



## PODIUMSDISKUSSION BEIM WITTENER FRIEDENSFORUM



Auf Einladung des Wittener Friedensforums habe ich am 25.10. an einer Podiumsdiskussion zum Thema Krieg in der Ukraine teilgenommen. Das Thema des Abends war: „Den Ukraine-Krieg beenden – aber wie?“. Der Friedensreferent Clemens Ronnefeldt vom Internationalen Versöhnungsbund nahm gemeinsam mit mir an dieser Diskussion teil. Vor gut 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmern entwickelte sich eine lebhaft Diskussionsrunde. Es gab viele Meinungsüberschneidungen, aber auch einige Unterschiede. Klar ist, dass der russische Imperialismus aufgehalten werden muss.

Deutlich wurde aber auch, dass die Fronten buchstäblich verhärtet sind. Weder militärisch noch diplomatisch gab es in den letzten Wochen große Veränderungen in der Ukraine.

Grundsätzlich herrschte Einigkeit zwischen Herrn Ronnefeldt und mir darüber, dass die Ukraine Unterstützung erhalten muss. Tagtäglich sterben hunderte Menschen auf beiden Seiten in diesem Krieg, das Sterben muss endlich ein Ende haben! Ich bedanke mich noch einmal ausdrücklich beim Wittener Friedensforum für die Organisation dieser interessanten Veranstaltung.

## KILMAANPASSUNGSGESETZ BESCHLOSSEN

### MEINE REDE IM BUNDESTAG ZUM NEUEN GESETZ

Der Bundestag hat das Klimaanpassungsgesetz beschlossen, an dem ich sehr intensiv mitgewirkt habe. Als zuständiger Berichterstatter war es für mich wichtig, dass wir die Kommunen mit der Umsetzung nicht alleine lassen. Deshalb bin ich froh, dass wir uns im Entschließungsantrag einig sind, dass Klimaanpassung eine gemeinsame Aufgabe von Bund, den Ländern und den Kommunen ist. Außerdem haben wir verabredet, dass auch beim Thema Arbeitsschutz etwas passieren muss.



Wenn die Extremwetterereignisse zunehmen, dann müssen wir darauf als Gesetzgeber auch reagieren. Meine ganze Rede könnt ihr wie immer bei Youtube ansehen.



[www.youtube.com/watch?v=LXJlt2ip2Q](https://www.youtube.com/watch?v=LXJlt2ip2Q)



# SPD AXEL ECHEVERRIA

## 10 JAHRE STARKE PATIENT:INNENRECHTE!

DER BEAUFTRAGTE FÜR DIE RECHTE VON PATIENT:INNEN, STEFAN SCHWARTZE, STELLT SEIN AMT VOR UND ZIEHT BILANZ.

Nach langen und komplizierten politischen Diskussionen verabschiedete der Deutsche Bundestag im Februar 2013 das Gesetz zur Verbesserung der Rechte von Patient:innen und Patienten (Patientenrechtegesetz). Damit wurden zum ersten Mal das Behandlungs- und Arzthaftungsrecht als ein eigenständiger Vertragstypus im Bürgerlichen Gesetzbuch verankert. Das Gesetz verfolgte das Ziel, Transparenz und Rechtssicherheit herzustellen und bestehende Vollzugsdefizite in der Praxis abzubauen. Zugleich sollten Patient:innen im Sinne einer verbesserten Gesundheitsversorgung geschützt und im Fall eines Behandlungsfehlers stärker unterstützt werden.

Für uns heute selbstverständlich, schaffte das Gesetz wesentliche Rechtsansprüche, wie das Recht auf umfassende und rechtzeitige Aufklärung oder das Einsichtsrecht in Behandlungsunterlagen. Aber auch für Ärzt:innen schaffte es mehr Rechtssicherheit.

Anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Patientenrechtegesetz möchten wir einen Rückblick und Ausblick wagen. Gemeinsam mit dem Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Stefan Schwartze, wollen wir herausfinden, inwieweit das Patientenrechtegesetz positive Entwicklungen in unserem Gesundheitssystem angestoßen bzw. ermöglicht hat und in welchen Bereichen die aktuelle Gesetzeslage noch nicht ausreicht und eine zusätzliche politische Handhabe erfordert.

EINLADUNG

## 10 Jahre starke Patient:innenrechte

Montag, den 04.12.23 um 17:30 Uhr

Pastor-Schoppmeier-Haus, Bahnhofstr 21, 45525 Hattingen



Stefan Schwartze, MdB

Beauftragter der Bundesregierung für Rechte von Patientinnen



Axel Echeverria, MdB

Bundestagsabgeordneter für Hattingen, Herdecke, Sprockhövel, Wetter und Witten



Timo Schisanowski, MdB

Bundestagsabgeordneter für Hagen, Breckerfeld, Ennepetal, Gevelsberg und Schwelm

## MEIN TEAM UND ICH SIND FÜR EUCH ERREICHBAR

### Berlin

Meine Mitarbeiter in Berlin (Joe de Haas und Paul Jäger) sind telefonisch unter 030/227 746 14 bzw. via E-Mail ([axel.echeverria@bundestag.de](mailto:axel.echeverria@bundestag.de)) zu erreichen.



### Witten

Das Wittener Büro (Bahnhofstr 12, 58452 Witten) ist in der Regel für Besucher:innen zu folgenden Zeiten geöffnet:

Montag: 10<sup>30</sup> – 15<sup>00</sup> Uhr | Dienstag: 10<sup>30</sup> – 17<sup>00</sup> Uhr | Mittwoch: 10<sup>30</sup> – 18<sup>00</sup> Uhr  
Donnerstag: 10<sup>30</sup> – 17<sup>00</sup> Uhr | Freitag: 10<sup>30</sup> – 15<sup>00</sup> Uhr | Samstag: 10<sup>30</sup> – 14<sup>00</sup> Uhr

Wahlkreisbüro Witten: 02302 4010034

Sascha Roncevic: 0173 660 1134 – [axel.echeverria.ma04@bundestag.de](mailto:axel.echeverria.ma04@bundestag.de)

Lara Quell: 0173 659 6246 – [axel.echeverria.ma03@bundestag.de](mailto:axel.echeverria.ma03@bundestag.de)

### Hattingen

Das Hattinger Büro (Bahnhofstr. 24, 45525 Hattingen) ist in der Regel für Besucher:innen zu folgenden Zeiten geöffnet:

Montag, Dienstag, Donnerstag & Freitag: 09<sup>00</sup> – 13<sup>00</sup> Uhr  
(Eine vorherige Terminvereinbarung ist erwünscht.)

Melanie Witte-Lonsing: 02324 202824 - [axel.echeverria.ma06@bundestag.de](mailto:axel.echeverria.ma06@bundestag.de)



### Wetter und Herdecke

Neben meinen Büros in Witten und Hattingen könnt Ihr gerne auch einen Termin in den SPD-Büros in Wetter (Königsstraße 69a, 58300 Wetter) und Herdecke (Hauptstr. 44, 58313 Herdecke) vereinbaren.

Zur Terminabsprache wendet Euch einfach an Lara Quell, Sascha Roncevic oder Melanie Witte-Lonsing.